

Potsdam, 9. Dezember 2009 / 110

## **Unabhängige Kommission übergibt Vorschläge zur Weiterentwicklung des Abgeordnetenrechts**

Die Unabhängige Kommission beim Landtag Brandenburg zur Weiterentwicklung des Abgeordnetengesetzes hat heute im Landtag dem Präsidium ihre Empfehlungen zu einer Reform des Abgeordnetenrechts übergeben und erläutert.

Die Kommission war durch Beschluss des Landtages in seiner Sitzung am 2. April 2009 eingerichtet worden.

Nach den Worten des Vorsitzenden der Kommission, Dr. Thomas Apelt, sind die Empfehlungen darauf gerichtet, die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten im Landtag strukturell zu verändern. „Dies bedeutet aus Sicht der Kommission ein Mehr an Transparenz und Steuergerechtigkeit“, so Apelt.

Nach den Kommissionsvorschlägen sollen sich die Bezüge der Abgeordneten stärker an den Leitlinien der Landesverfassung und der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung ausrichten; mandatsbedingter Aufwand soll nicht mehr pauschal, sondern - soweit er nicht aus den zu versteuernden Bezügen bezahlt wird - gegen Nachweis des tatsächlich entstandenen Aufwandes erstattet werden. Ferner soll die bisherige umfassende Altersversorgung aus dem Landeshaushalt durch einen Zuschuss zu einer individuellen Altersversorgung ersetzt werden.

Landtagspräsident **Gunter Fritsch** übernahm den Abschlussbericht stellvertretend für das Präsidium und wies darauf hin, dass der Hauptausschuss des Landtages nun diese konkreten Vorschläge zur Beratung erhalte. Zugleich äußerte er die Hoffnung, dass im Ergebnis der Beratungen ein fraktionsübergreifender Gesetzentwurf stehen werde. Fritsch dankte im Namen des Präsidiums den Mitgliedern der Kommission für ihr ausserordentlich starkes und kompetentes Engagement.

Die unabhängige Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern:

- Dr. Thomas Apelt, Präsident des Landesrechnungshofes und Vorsitzender der Kommission,
- Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e.V.,
- Dr. Hans Eisemann, ehemaliger Präsident des Landesarbeitsgerichtes Brandenburg,
- Marlies Hirschberg-Tafel, Mitglied des Vorstandes der SIGNAL IDUNA Gruppe
- Angela Mai, Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Brandenburg e.V.  
und
- Doro Zinke, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Bezirk Berlin-Brandenburg.

### Anlage

#### **Zusammenfassung des Berichts**